

Aktuelle Post

aus dem Kreistag (3)



18. September 2026

Sehr geehrte Leser:innen!

Liebe Freund:innen! Liebe Genoss:innen!

Wir berichten von der dritten Kreistagssitzung in der neuen Wahlperiode.

Wichtigster Punkt war die Einbringung des Haushalts für den Wetterankreis 2027/2028.

In der Kreistagssitzung im Dezember wird dieser Haushalt beschlossen. Bis dahin können die Fraktionen in den Ausschüssen Fragen klären und Anträge stellen. Wir werden berichten.

Immer noch standen Wahlen zu Gremien auf der Tagesordnung: Verwaltungsrat der Sparkasse Oberhessen, Jugendhilfeausschuss, Patientenfürsprecher:innen, ehrenamtliche Richter:innen beim Verwaltungsgericht Gießen, Wahl der Abgeordneten zu Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) Hessen. Das hört sich viel an und war es auch.

Weitere Abgeordnete der Linken wurden gewählt:



Karlheinz Hofmann
Verwaltungsrat
Sparkasse Oberhessen



Gernot Krämer
Zweckverband Oberhessische
Versorgungsbetriebe



Gabi Faulhaber
Landeswohlfahrtsverband
Hessen (LWV)

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Anträge Die Linke.: Demokratisches Mitspracherecht, Grundwasserschutz, Weihnachtsbeihilfe für Kinder im Sozialleistungsbezug
2. Anträge der Grünen: Hitzeaktionsplan, Hitzeschutz, viergleisiger Ausbau der Bahnstrecke Friedberg-Gießen, Schulausflugsticket auch in den Sommerferien
3. Kreisausschuss: Satzung zur Bildung eines Diversitäts- und Inklusionsbeirats
4. AfD-Anträge: Verpflichtende Arbeit für Geflüchtete, Revitalisierung der Ray-Barracks als neuen Standort der Bundeswehr

RÜCKLICHT



Mehr Militär bringt keine Sicherheit!

Im Köpperner Wald soll das zweitgrößte Munitionsdepot Deutschlands erweitert werden. In Zusammenhang damit wird auch die Kaserne in Friedberg reaktiviert und der Übungsplatz in Ockstadt. Ein großes Munitionsdepot und seine Kaserne gehören im Kriegsfall zu den ersten Angriffszielen. Egal ob ein Angriff erfolgt (Erstschlag) oder ob auf einen Angriff reagiert wird (Zweitschlag). Ein Gegner wird immer versuchen, das Depot auszuschalten. Damit wird unsere Heimat zur Kampfzone. Sicherheit für die Region kann nicht durch Aufrüstung erreicht werden. Sicherheit entsteht durch Diplomatie, Abrüstung und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wenn wir eine Zukunft haben, ist sie friedensstüchtig.

Auf den Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Geldnot im Gesundheitswesen haben wir am 1. September, dem **Antikriegstag** hingewiesen.

Der Bundesregierung hat im Juni ein Sparpaket für die gesetzliche Krankenversicherung beschlossen. Auf Patienten kommen höhere Zuzahlungen aus eigener Tasche und Leistungskürzungen zu.

Für die Beschäftigten verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen, weil weniger

Personal in den Kliniken angestellt sein soll. Medizinische Leistungen sollen nicht mehr ausreichend refinanziert werden. Das bedeutet schlechtere Versorgung der Patient:innen und noch längere Wartezeiten.



Die Anträge der Fraktion Die Linke:

Die Tagesordnung dieses Kreistags hatte 38 Punkte. Davon mehrere langwierige geheime Wahlgänge. Gewählt wurden: Mitglieder des Verwaltungsrats der Sparkasse Oberhessen, des Jugendhilfeausschusses, des Landeswohlfahrtsverbands, Patientenfürsprecher, ehrenamtliche Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Gießen.

Es war zu erwarten, dass die Sitzung bis in die Abendstunden dauern würde. Normal geht sie von 15 Uhr bis 18 oder 19 Uhr. Also wurde um 18 Uhr beschlossen, Punkte aus der Tagesordnung zu verschieben – auf die Kreistagssitzung am 18. November.

Uns hat das bestärkt. Denn wir hatten einen Antrag eingebracht, der kritisiert, dass die **Anzahl der Kreistagssitzungen** stetig verringert wurde. Derzeit sind es nur noch sechs – es waren mal zehn im Jahr. Mit so wenigen Sitzungen ist es schwieriger geworden, Themen einzubringen und ausführlich zu diskutieren. Unser Antrag ist nun genau aus diesem Grund vertagt worden.

Ebenfalls verschoben wurde unser Antrag zum **Grundwasserschutz**. Bisher kommt der Schutz der Wasserreserven im Klimaschutzkonzept des Wetteraukreises nicht vor. Wir wollen das ändern.

Unser Dritter Antrag verblieb auf der Tagesordnung.

Antrag Die Linke: Weihnachtsbeihilfe für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen

Mit diesem Antrag machen wir wiederholt auf die Kinderarmut aufmerksam. Wir wollen, dass sich der Kreistag mit diesem Thema beschäftigt. Und dass die Abgeordneten der anderen Parteien nicht nur im Wahlkampf ein Herz für Kinder vor sich hertragen, sondern dass sie auch etwas gegen die Armut tun. Wir wissen, dass die Bundesregierung bei der Bekämpfung der Kinderarmut nicht nur versagt, sondern sie mit den anstehenden Armutsreformen noch aktiv verstärken wird.

Von SPD und CDU – deren Parteifreunde ja in Berlin an der Regierung sind – verlangen wir, dass sie laut werden und ihre Bundestagsfraktion auffordern, diese Verarmungspolitik zu stoppen!

Das wollen sie aber nicht tun. Sie akzeptieren hier an der Basis diese Regierungspolitik.

Erwartungsgemäß wurde unser Antrag von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Der Antrag mit ausführlicher Begründung ist hier zu finden:

<https://die-linke-wetterau.de/weihnachtsbeihilfe-fuer-kinder-im-grundsicherungsbezug/>

Das war unsere Rede:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

einen solchen Antrag haben wir zuletzt 2023 gestellt. Das ist eigentlich zu lange her, denn die Kinderarmut ist seither keineswegs zurückgegangen.

2,8 Millionen Kinder wachsen laut Statistischem Bundesamt in Deutschland in Armut auf. Anders ausgedrückt: Jedes 5. Kind in Deutschland ist von Armut betroffen.

In den vergangenen Wahlkämpfen wurde wieder einmal beteuert, dass Kinderarmut nicht akzeptabel sei.

Die SPD wollte in ihrer Regierungszeit eine unbürokratische Kindergrundsicherung einführen.

Geblichen sind 25 Euro Sofortzuschlag für Kinder im Bezug von Grundsicherung.

Und selbst diese mickrige Summe will die CDU nun zur Rettung der Staatsfinanzen und zur Finanzierung der Aufrüstung wieder abschaffen.

Von Kindergrundsicherung ist nicht mehr die Rede.

Bekämpfung der Kinderarmut ist ein Wahlkampfthema. Ab und zu gibt es eine Veranstaltung dazu, wie letztes in der Friedberger Stadthalle – durchgeführt vom evangelischen Dekanat. Aber dort haben wir keine Abgeordneten Ihrer Parteien gesehen, meine Damen und Herren. Konkrete Hilfen oder Maßnahmen zur Armutsbekämpfung sucht man vergeblich. Im Gegenteil: Die Armutsreformen, die von der Regierungskoalition aus CDU und SPD nun angekündigt sind, werden die Armutsquote – und damit auch die Kinderarmut – spürbar erhöhen! Wir sehen nicht, dass dieser Kreistag sich für Armutsbekämpfung stark macht. Dass hier Forderungen an die Bundes- und Landespolitik gestellt werden nach einer anderen, einer sozialen Politik.

Und genau deshalb, meine Damen und Herren, wollen wir Sie nicht mit der beschämenden Kinderarmut verschonen.

Wir haben die Ursachen für Kinderarmut ausführlich in unserer Antragsbegründung aufgeführt. Ich hoffe, Sie haben die Brisanz zur Kenntnis genommen!

Also:

Fordern Sie Ihre Parteien auf, eine soziale Politik zu machen!

Arbeiten Sie hier im Wetteraukreis für bezahlbare Wohnungen und schieben Sie diese Verantwortung nicht auf private Investoren ab!

Und setzen Sie ein Zeichen, indem Sie sich für eine Weihnachtsbeihilfe für Kinder einsetzen, die finanziell schlecht gestellt sind.

Nutzen Sie diese Geste einer Weihnachtsbeihilfe zum Protest gegen den geplanten Sozialabbau, der die Armut drastisch verschärfen wird.

Zeigen Sie soziale Verantwortung, meine Damen und Herren!

Anträge der Grünen:

Zwei Anträgen der Grünen haben wir zugestimmt, die sich mit **Hitzeschutz** befassen.

Der erste fordert dass im Ausschuss Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft eine Auswertung des bestehenden Hitzeaktionsplan des Wetteraukreises vorgenommen wird.

Der zweite Antrag beschäftigte ich mit **Hitzeschutz in den kreiseigenen Liegenschaften**.

Dort wird bei Neubauten und Sanierungsmaßnahmen der Hitzeschutz mit geplant. Aber was ist mit Hitzeschutz in den bestehenden Gebäuden? Die Grünen wollen, dass die Bestandsgebäude einer Bewertung unterzogen und bei starker Hitzebelastung auch Schutzmaßnahmen bereitgestellt werden. Außerdem soll der Kreisausschuss die Schulorganisation so gestalten, dass bei großer Hitze kein Unterricht in den heißen Räumen stattfindet.

Dieser Antrag wurde abgelehnt. Zugestimmt haben Grüne, Freie Wähler und Linke.

Der Kreistag soll sich mit dem viergleisige **Ausbau der Bahnstecke Friedberg-Gießen** beschäftigen.

Das fordert ein weiterer Antrag der Grünen. In den Ausschuss Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft soll ein Vertreter des Fahrgastverbandes pro bahn eingeladen werden. Pro bahn schreiben die Grünen eine gute Fachexpertise zu. Sie hätten mit Beharrlichkeit erreicht, dass der Nahverkehrstakt verbessert wurde und der Knoten Beienheim entstanden sei.

Wir haben zugestimmt. Die Koalition lehnte mit der Begründung ab, es sei schon eine Einladung erfolgt – wer aber genau eingeladen wurde, ist nicht geklärt.

Das hessische **Schulausflugsticket** gilt während der Schulzeit und nicht in den Ferien oder an schulfreien Tagen. Die Grünen freuen sich in ihrem Antrag über die Weiterfinanzierung bis 2027 durch das Land Hessen. Aber sie wollen, dass der Wetterankreis eine Ausweitung des Ticket finanziert: auch bei einer Ferienbetreuung. Das unterstützen wir.

Dazu hat die Koalition aus SPD und CDU einen Änderungsantrag eingebracht, der dann beschlossen wurde. Dort wird auch die Weiterfinanzierung durch das Land begrüßt. Aber der Wetterankreis will sich nicht weitergehend engagieren. Der Kreis bezahle schon ein Oberstufen- und Berufsschulticket (Obst) als freiwillige Leistung und setze sich beim Land für eine kostenfreie Schülerbeförderung ein.

Vorlage des Kreisausschusses: Satzung zur Bildung eines Diversitäts- und Inklusionsbeirats

Der Kreistag hatte in seiner letzten Sitzung mehrheitlich den Psychosozialen Beirat aufgelöst. Der Diversitäts- und Inklusionsbeirat sollte eine neue Arbeitsstruktur erhalten. In dieser Sitzung wurde nun eine neue Satzung vorgelegt.

Der Diversitäts- und Inklusionsbeirat (DIP) hat beratende und empfehlende Funktion und ist ein Hilfsorgan des Kreisausschusses. In einer Auswertung der bisherigen Arbeit erschienen der Koalition die Arbeitsstrukturen nicht effektiv. Es gab untergeordnete Fachausschüsse, von denen einige öfter nicht beschlussfähig waren. Das soll sich nun durch die neue Satzung ändern.

Zukünftig wird es noch zwei Fachausschüsse (statt vier) geben. Sie heißen „Vielfalt und Teilhabe“ und „Schule und Arbeit“. Diese Themen knüpfen an den Aktionsplan Inklusion an, der vor Kurzen verabschiedet wurde. In den Fachausschüssen sollen dann Vertreter:innen verschiedener Verbände Mitglied sein, Vertreter:innen der Kreisverwaltung und Kreistagsabgeordnete der starken Kreistagsfraktionen. Dem DIP werden nunmehr weniger Mitglieder angehören als zuvor. Zu den Sitzungen können Gäste eingeladen werden.

Wir haben uns bei dieser Vorlage enthalten. Es konnte nicht überzeugend dargestellt werden, wieso die Sitzungen mit dieser geänderten Satzung in Zukunft eher beschlussfähig sein sollen. Auch bisher waren Vertreter:innen der Kreisverwaltung, Kreistagsabgeordnete und Vertreter:innen von Verbänden vertreten. Wie will man sicher stellen, dass sie ihre Aufgabe nun ernster nehmen als bisher? Wir sehen es als viel wichtiger an, die inhaltliche Ausgestaltung voranzubringen, sich dafür inhaltlich mit den zahlreichen Gruppen und Verbänden im Kreis auszutauschen (statt nur einige fest in die Fachausschüsse zu delegieren) und dafür zu sorgen, dass Vorschläge aus dem DIP auch politisch aufgegriffen und umgesetzt werden. Das war ja in der Vergangenheit nicht so!

AfD-Anträge:

Verpflichtende Arbeit für Geflüchtete/Asylsuchende

Die AfD setzte mit diesem Antrag auf Unwissenheit. Sie fordern, dass der Wetteraukreis Arbeitsgelegenheiten für Asylsuchende bereitstellt und konsequent dafür sorgt, dass die

betroffenen Personen dort arbeiten. Diese „Arbeitsgelegenheiten“ „sollen insbesondere in kreiseigenen Einrichtungen, Eigenbetrieben, kommunalen Unternehmen der Städte und Gemeinden sowie gemeinnützigen Organisationen realisiert werden.“ Und wenn nicht gearbeitet wird, sollen die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) „beschränkt“ werden. Dass reguläre Arbeitsplätze verdrängt werden, will man natürlich nicht... Das begründet die AfD mit dem Paragraphen 5 Absatz 1 im AsylbLG.

Dort ist festgelegt, dass in den Aufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung gestellt werden sollen, „insbesondere zur Aufrechterhaltung und Betreibung der Einrichtung“. Auch Arbeiten bei gemeinnützigen Trägern sind möglich, wenn es der Allgemeinheit dient.

Es ist dort nicht festgelegt, dass Verwaltungen und Eigenbetriebe Arbeit von Asylsuchenden erledigen lassen sollen. Und natürlich ist jede Arbeit in diesen Bereichen „reguläre Arbeit“ und gehört entsprechend bezahlt! Außerdem wäre es mal an der Zeit, dass Asylsuchende Arbeitsgenehmigungen erhalten und sich sozialversicherungspflichtige Arbeit suchen können, die auch richtig bezahlt wird!

Das haben wir dazu gesagt:

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
die AfD will hier eine im §5 des Asylbewerberleistungsgesetzes gesetzlich mögliche Tätigkeit zur Aufrechterhaltung einer Gemeinschaftsunterkunft zu einer Zwangsarbeit umfunktionieren. Nichts anderes heißt es, wenn man „konsequent“ Tätigkeiten einfordert - wie im Antrag benannt - und bei Ablehnung die Leistungen kürzen will. Zumal die Hilfen des Asylbewerberleistungsgesetzes sowieso unter dem Existenzminimum liegen.

Die AfD geht noch weit über den Paragraphen 5 hinaus und will, dass Arbeiten in Eigenbetrieben, kreiseigenen Einrichtungen und gemeinnützigen Organisationen aufgenommen werden. Natürlich ohne „reguläre Arbeitsplätze zu verdrängen“.

Menschen im AsylbLG haben keinen endgültigen Aufenthalt, sie dürfen nur unter besonderen Bedingungen arbeiten – und meistens überhaupt nicht. Und natürlich nicht in den von der AfD aufgezählten Bereichen. Und dass damit keine regulären Arbeitsplätze verdrängt werden, gehört auch zu den AfD-Märchen. Dieser Antrag ist an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten!

Der Antrag wurde abgelehnt.

Resolution zur Revitalisierung der ehemaligen Ray-Barracks

Der Antrag fordert eine Resolution des Kreistags. Zur Verteidigung und „mit Blick auf die geopolitischen Herausforderungen“ muss die Bundeswehr hochgefahren werden. Es braucht die Kaserne in Friedberg, „um schnellstmöglich Anschluss an die strategischen und operativen Erfordernisse unserer Zeit zu finden.“

Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die FDP hat sich enthalten.

Wir haben einen Ersetzungsantrag gestellt. Auch 80 Jahre nach Inkrafttreten der Hessischen Verfassung setzen wir auf das Friedensgebot:

Artikel 69: „**Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist**

geächtet. Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.“

Unser Antrag wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Hier ist unser Ersetzungsantrag zu finden:

<https://die-linke-wetterau.de/frieden-und-sicherheit-fuer-unsere-region/>

Das ist unsere Rede:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
Zwischen Juli 1944 und März 1945 wurde der Eisenbahnknotenpunkt Friedberg 28 mal aus der Luft bombardiert. Der Angriff vom 4. Dezember 1944 forderte allein in Fauerbach 89 Todesopfer und 47 Verwundete. Fast alle 180 Häuser wurden in Fauerbach beschädigt oder zerstört. Allein am 25. März 1945 wurden 800 Sprengbomben auf unsere Kreisstadt abgeworfen. Insgesamt kamen 220 Friedbergerinnen und Friedberger durch den Luftkrieg ums Leben.¹*

Meine Damen und Herren, das war damals. Angriffsziel waren der Eisenbahnknotenpunkt und der Güterverkehr. Diese Ziele gibt es immer noch, jetzt haben aber wir mit Köppern noch das zweitgrößte Munitionsdepot Deutschlands vor der Haustür und jetzt soll auch noch der Militärübungsplatz in Ockstadt und die Ray Barracks aktiviert werden.

Was glauben Sie eigentlich, was da im nächsten Krieg passiert?

Da wird es nicht bei 28 Luftangriffen bleiben!

Wenn hier wieder Soldaten aufmarschieren, dann wird Friedberg Angriffsziel. Und wenn Sie das hier befürworten - und in dem Punkt ist die AfD sich ja mit der Koalition einig – wenn Sie das hier befürworten, dann spielen Sie mit der Sicherheit unsere Bürgerinnen und Bürger.

*Als demokratisch gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Bürger unseres Landkreises müssen wir uns doch mit aller Macht **dagegen** stellen, anstatt diese Entwicklung auch noch bereitwillig zu unterstützen.*

Der Ursprungsantrag der AfD fordert 1:1 das, was sowieso schon passiert.

Dabei ist die Revitalisierung des Kasernengeländes ein Teil der Militarisierung Deutschlands, ein Baustein auf dem Weg zur Wiedereinführung der Wehrpflicht mit dem Ziel, die Bundeswehr zur „stärksten Armee Europas“² zu machen.

Schon interessant: Im Osten spielt sich die AfD als angebliche Friedenspartei auf, hier redet Sie der NATO-Mitgliedschaft und Kriegstüchtigkeit das Wort!

Wir brauchen das Kasernengelände in ziviler Hand! Wir benötigen die Fläche für den Wohnungsbau, für eine sozial-gerechte Stadtentwicklung. Und wir brauchen v.a. keine Kriegstüchtigkeit.

Denn Kriegstüchtigkeit bedeutet die Zunahme von internationalen Spannungen, die Zunahme von Kriegsgefahr.

*Kriegstüchtigkeit bedeutet aber auch Kürzungen im Sozialetat und die Zerstörung unseres Gesundheitssystems, da brauchen Sie sich nur mal anschauen was **Ihre** Bundesregierung da gerade anrichtet.*

Kriegstüchtigkeit bedeutet auch Kürzungen bei den Kommunen.

Wer das Geld der Waffenindustrie in den Rachen schmeißt, der kann es eben nicht mehr in die öffentliche Daseinsvorsorge stecken. Es ist doch bekannt, dass die Kommunen am Limit sind!

Meine Damen und Herren, gegen die Revitalisierung des Kasernengeländes sollte der Wetteraukreis mit allen Mitteln rebellieren, über die er verfügt.

Für die Linksfraktion ist klar:

Wir wollen keine Militarisierung unserer Heimat!

Im Geiste des Grundgesetzes und der hessischen Verfassung wollen wir eine friedliche Wetterau in einem friedlichen Deutschland.

¹<https://www.friedberger-geschichtsverein.de/presse/2025/kriegsende-1945/>

²Zitat Friedrich Merz



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der Homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Gabi Faulhaber, Julian Eder, Anja ElFechtali und Hanna Zimowski